

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag: Bernh. Ott, Düsseldorf, Konkordiastraße 7.
Druck und Versand Joh. van Aken, Greifeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiastr. 7, Fernruf 4423, Telegr: Textilverband Düsseldorf.

Jede Gemeinschaft, ob der Familie oder des Volkes, beruht auf die Bündigung der Selbstsucht des Einzelnen, durch den Glauben an die vom Schöpfer gewollte Schicksalsverbundenheit und Lebensgemeinschaft aller Glieder.

Carlyle.

Boden- und Wohnungsreform.

I.

Der Teufel der Habgier, der Raff- und Lebhucht beherrscht nicht nur die Bodenspekulanten der Städte und Wohnungssucherer, er hat auch auf dem flachen Lande seine Herrschaft aufgerichtet. Aus den verschiedenen Teilen des Reiches liegen Meldungen vor, die besagen, daß Kulturland deshalb brach liegen gelassen wurde, weil dessen Besitzer dank ihrer großen Einnahmeüberschüsse der letzten Jahre aus dem Ertrag ihrer Felder und Gutswirtschaft auf intensive Wirtschaft und Arbeit nicht angewiesen sind. Viele Gutsbesitzer können sich nicht dazu verstehen, den Landarbeitern Löhne zu zahlen, die den heutigen teuren Zeitverhältnissen einigermaßen angepaßt sind und lassen aus Mangel über die Lohnansprüche der Arbeiter lieber ihre Acker ungebaut.

Bei dem starken Mangel an Nahrungsmitteln und deren hohen Preise ist ein derartiges Verhalten der Allgemeinheit schädlich; es muß verlangt werden, daß möglichst jeder Flecken Land der Bebauung zugeführt wird. Das erfordert das Interesse der Verbraucher, aber auch der Erzeuger, die beide durch gemeinsame höhere Interessen miteinander verbunden sind. Die ungeheure Mehrzahl der Verbraucher ist damit einverstanden, daß Reich und Länder den Landwirten durch Arbeitsvermittlung, Lieferung von Kunstdünger usw. unter die Arme greifen und ihnen bei der Durchführung ihrer Produktion und zur Steigerung derselben behilflich sind. Mit um so größerem Nachdruck müssen sie aber auch verlangen, daß die Gutsbesitzer und Landwirte ihre eigenen Pflichten und die gegenüber der Allgemeinheit erfüllen. Da, wo spekulative Nichtstuererei vorliegt, muß eingeschritten werden. Wer in der heutigen Zeit Grund und Boden mutwillig ungenutzt liegen läßt, verdient die Strafe des Gesetzes. Nach der christlichen Lehre sowohl, wie nach der Verfassung von Weimar gilt der Grundbesitz Eigentum verpflichtet. Wer die Schlussfolgerung aus diesem Fundamentalsatz nicht ziehen will, muß dazu angehalten werden.

Die Verfassung von Weimar bietet dafür die nötigen Unterlagen. In ihrem Artikel 155 spricht sie aus: „Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhütet.“ Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft. Weiter ist ausgesprochen, daß zwecks Hebung der Landwirtschaft und ihres Ertrages, zur Förderung des Siedlungswesens und zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses die Enteignung von Grundbesitz gegen angemessene Entschädigung vorgenommen werden kann. Diese Bestimmungen sind durch das Reichsfluchtsteuergesetz vom Juni 1919, sowie durch das Reichsheimstättengesetz vom April 1920 ergänzt und erweitert worden.

Die hier angeführten Bestimmungen und Gesetze sind infolge der politischen Wirren der Jetztzeit, die die Aktionskraft der Behörden, aber auch der Arbeiterschaft hemmen, noch nicht so zur Anwendung gekommen, wie es erwünscht und notwendig wäre. Ein Teil der Besitzer setzt den sozialen Maßnahmen auf dem Gebiete der Boden- und Wohnungsreform immer noch Widerstand entgegen und wendet sich namentlich auch gegen den „Anbauzwang“. Manche wenden sich in wildem Groll gegen die „Arbeitersekretäre“ aller Richtungen, als die Urheber einer ihnen vermeintlich ungünstigen und schädlichen Befehlsgabe. Es ist immer so gewesen: diejenigen, die andere an ihre Pflichten mahnen und deren Erfüllung verlangen oder durchsetzen, sind meist nicht wohl gelitten. Das muß ertragen werden. Die viel verlästerten Arbeitersekretäre können sich darauf berufen, daß mit ihnen Vertreter des Staates und der Kirche, von Handel und Industrie, ja selbst Vertreter der Bauern eine ent-

sprechende Reform des Bodenrechtes und der Bodenwirtschaft gefordert haben.

In den letzten Wochen erst ging durch die gesamte Presse die Nachricht, daß der Generaldirektor der bayerischen Bauernvereine in Regensburg, Abgeordneter Dr. Schlittenbauer, im März 1920 Plänen zugestimmt hat, die auf eine starke staatliche Verwaltungskontrolle der Bauern hinauslaufen. In der Zeit der schnelllaufenden Revolutionswelle in Bayern hat Dr. Schlittenbauer sogar zugegeben, daß durch amtliche Vorschriften den Landwirten geboten würde, was in den einzelnen Gebieten an Brotfrucht, Oelfrucht und anderem anzubauen wäre. Auch der zwingende Organisation der Bauern in Genossenschaftsverbänden hat er zugestimmt und damit sich gegen die völlige Freiheit der Persönlichkeit wie auch des Privateigentums gewandt.

Der als Bodenreformer bekannte und verdiente Abg. Dr. Eugen Jäger hat wiederholt und nach Ausbruch der Revolution 1918 in der Presse ausgesprochen: „Die Bodenfrage ist die Grundlage der Wohnungsfrage und überhaupt alles menschlichen Daseins und des ganzen Erwerbslebens. Die Frage nach einem sozialen Bodenrecht ist daher die wichtigste aller sozialen Fragen. Die ganze bisherige Bodenpolitik unserer Regierungen und Volksvertretungen und aller bürgerlichen Parteien war überhaupt keine Bodenpolitik, indem sie dem römisch-rechtlichen Eigentumsbegriff am Boden immer noch zu große Zugeständnisse machte, im Gegensatz zu der sozialpolitischen und solidarischen Auffassung, wonach der Besitz an Boden als eine Art öffentliches Amt betrachtet wird. Diese bisherige Auffassung hat abgewirtschaftet. Die Parteien der Zukunft werden den großen Kampf auszufechten haben zwischen dem sozialdemokratischen Verlangen nach vollkommener Verstaatlichung des Bodens oder der bodenreformerischen Forderung nach einem sozialen Bodenrecht mit Beibehaltung des Privateigentums.“

In der Zeitschrift „Glaube und Arbeit“, Monatschrift in München 1917, verweist Dr. theol. Bernhard Strehler darauf, daß der religiöse Gedanke bei der Frage der Bodenreform eine große Rolle spielt: Gott allein ist der Herr über Himmel und Erde, über den Erdkreis und was auf ihm ist. Gott aber hat die Erde den Menschenkindern zum Behauen übergeben. Gott will, daß wir beten sollen: „Gib uns heute unser täglich Brot.“ Die Nahrung ist Gottes Gabe. Er sendet sie uns nicht durch einen Engel, noch stellt er uns die Speisen auf den gedeckten Tisch. Gott gibt uns die Gelegenheiten, durch Arbeit diese Nahrungsmittel hervorzubringen. Das ist ein Befehl. Er gibt uns den Unterhalt durch die Natur, die wir durch Arbeit in unsere Dienste zwingen. Was Gott gibt, sind die natürlichen Grundstoffe, die zur Arbeit notwendig sind. Er gibt sie nicht einem, nicht einigen, nicht einem Geschlecht, sondern allen. Sie sind seine Gaben, seine Geschenke an das ganze Menschengeschlecht. Was soll aus der Menschheit werden, wenn einige Menschen diese Gaben Gottes nur für sich in Anspruch nehmen, während alle anderen von den Borratskammern der Natur ferngehalten und durch ein falsches Bodenrecht gehindert werden, durch Arbeit reichlichen Unterhalt von des Schöpfers Güte zu nehmen?“

Daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, ist heute mehr denn je angezeigt. Wenn die christliche Lehre wieder mehr beachtet und in Stadt und Land wieder mehr werttätiges Christentum geübt wird, ergibt sich ganz von selbst die Lösung einer Reihe von sozialen Fragen und damit die Wiederkehr besserer und geordneter Zustände in Staat und Gesellschaft.

Unser Verband und die arbeitslosen Mitglieder.

Kollegen und Kolleginnen! In eigener Sache wendet sich in nachfolgendem Artikel ein langjähriges Verbandsmitglied an Euch.

Wohl nichts macht unseren Ortsgruppenvorständen gegenwärtig mehr Arbeit und Verdruß, wie die große Zahl der arbeitslosen Mitglieder. Letztere treten in der Regel an den Ortsgruppenkassierern heran und machen bei ihm ihre Ansprüche auf Unterstützung geltend. Soweit es sich da um berechnete An-

sprüche handelt, kann man nichts dagegen einwenden. Aber vielfach werden Ansprüche auf Unterstützung gestellt, denen jede Berechtigung mangelt. Und doch müßte, wenn rechter gewerkschaftlicher Geist unsere Mitglieder beiseite, solches gar nicht möglich sein. Handelt es sich doch um unseren Verband, der dabei geschädigt wird. Also um unsere ureigenste Sache. In dem Punkte Unterstützung kann es nur das eine geben, „nach dem Wortlaut des Statuts handeln“. Kann man es da verstehen, wie Mitglieder sich gar nichts dabei denken, wenn sie für den Verband und seine Einrichtungen nicht Worte genug des Tadels finden können, weil er ihren Wünschen nicht gerecht wird? Und doch haben Arbeiter sich diese Einrichtungen selber geschaffen. Nicht etwa, um dem Einzelnen zu schaden, sondern um dem Interesse der Gesamtmemberschaft zu dienen.

Große Arbeitslosigkeit herrscht gegenwärtig in unserer Industrie. Viele Mitglieder sind wochenlang ohne Arbeit. Da muß auch der Verband seinen Mitgliedern beistehen, damit sie über diese schwierige Zeit hinwegkommen. Der Verband tut dies auch. Er tut dies in demselben Maße, wie sich die Mitglieder in der guten Zeit für ihn eingesetzt haben. Jeder, der nicht am Verbandsbeitrag gespart hat, findet jetzt im Verbandsbeitrag eine gute Stütze. Wenn es nun auch Mitglieder gibt, die mit den Leistungen des Verbandes auf diesem Gebiete nicht zufrieden sind, dann hätten diese Mitglieder nicht erst jetzt auf diese Idee kommen sollen, sondern schon in der guten Zeit vorbauen müssen, damit sie jetzt besser unterstützt werden könnten. Aber damals brauchte man nicht organisiert zu sein und die Beiträge waren zu hoch. Jetzt aber, wo man arbeitslos ist, möchte man doch aus dem Verbandsbeitrag möglichst viel herauspressen, unbekümmert darum, ob der Verband dabei Schaden leidet. Aber die rührigen alten Gewerkschaftler haben in weiser Voraussicht dem Verbandsbeitrag ein Statut gegeben, welches ihn vor Ausbeutern schützt. Nach diesem Statut wird das Mitglied, das hohe Beiträge geleistet hat, besser unterstützt wie ein Mitglied, das nur niedrige Beiträge leistete. Ebenso wird ein Mitglied, welches lange Jahre dem Verbandsbeitrag angehört, länger und besser unterstützt wie ein solches, das nur kurze Zeit Mitglied war. Mit dieser Einrichtung nicht zufriedene Mitglieder beweisen nur, daß sie aus egoistischen Gründen Mitglied wurden oder aber dem Druck der Verhältnisse gehorchend. Wäre es nun nicht ein großes Unrecht den Mitgliedern gegenüber, die in jahrelanger treuer Opferwilligkeit dafür gesorgt haben, daß jetzt eine leistungsfähige Kasse vorhanden ist, wenn sie nicht besser unterstützt würden wie jene Mitglieder, die erst gerade soweit sind, daß sie Anspruch auf Unterstützung vom Verbandsbeitrag haben? Der kluge Mann baut vor! Das Wort gilt auch hier. Früher glaubte mancher, durch Sparen der Verbandsbeiträge für sich einen Vorteil herauszuschlagen. Wie verkehrt das gewesen ist, wird jetzt mancher einsehen. Unsere Mitglieder mögen aber aus Vorstehendem die einzig richtige Schlussfolgerung ziehen, nämlich „dem Verbandsbeitrag die Treue wahren und die Beiträge pünktlich entrichten“.

K. W.

Die christlichen Gewerkschaften zum Generalstreik.

In Württemberg wurden, wie schon aus den Tageszeitungen ersichtlich war, von der Landesbehörde einige der größten Werke geschlossen, da die Belegschaften gegen den Steuerabzug in schärfsten Formen protestierten. Daraus kam es zum Generalstreik, d. h. nur in einigen Städten. Die Mehrzahl in der Bevölkerung war dagegen, und so wurde in manchen Orten, z. B. in Ulm, der Streikparade nicht gefolgt. Das Zeichen eines gesunden Urteils. Da über diesen Streik noch viel Unklarheit herrscht, gaben uns die süddeutschen Kollegen eine Erklärung in die Hand, die wir nachfolgend zur Kenntnis bringen:

„In der Bewegung gegen den Steuerabzug erfucht die Leitung der christlichen Gewerkschaften die Mitglieder, sich in keiner Weise von der unbesonnenen radikal-kommunistischen Bewegung mitreißen zu lassen. Ein Streik gegen den Steuerabzug ist ein politischer und wirtschaftlicher Widerstand. Im jetzigen Stadium der ungünstigen Wirtschaftslage kommt ein Streik vielen Unternehmern nur gelegen. Die Steuerverweigerung als Ganzes bedeutet einen Streik gegen das eigene Volk, führt zum Zusammenbruch unserer ganzen Wirtschaft und Geldwährung, nimmt dem Staat und den Gemeinden die Mittel zur Erfüllung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben, wie auch zur Bezahlung der Angestellten und Arbeiter. Den auf der freien gewerkschaftlichen Landeskonferenz von dem Genossen Düwell-Berlin zum Aus-

druck gebrachten Standpunkt: „Wir haben uns den Teufel darum zu kümmern, ob dieser Staat erhalten bleibt oder zu Grunde geht“, kann die christlich-nationale Arbeiterbewegung in keiner Weise heitern. Was heißt das deutsche Wohnhaus niederbrennen und obdachlos werden. Dürsel hat selbst ausgeführt: „Es ist wohl richtig, daß der Staat zu Grunde gehen muß, wenn die Steuern nicht bezahlt werden.“ Erleichterungen steuerlicher Art können nicht auf dem Wege brutaler Gewalt in den Betrieben, sondern nur auf dem geordneten Wege der demokratischen Staatsvertretung von der Volksvertretung durchgeführt und unter Berücksichtigung der Gesamtlage durchgeführt werden. Nach den neuesten Verhandlungen und Beschlüssen der radikalen Betriebsräte steht fest, daß die Bewegung auf das politische Gebiet verschoben worden ist. Aus dieser Tatsache ergibt sich die Stellung der christlichen Gewerkschaften von selbst. Die Angestellten und die württembergischen Eisenbahner- und Postlerverbände lehnen ebenfalls den Streik ab.

Wie wir nun hören, wird im Lande von den radikalen Streikmachern die Angabe verbreitet, daß der Streik nur noch wegen der Wiedereinstellung der Entlassenen geführt wird. Mit dem Steuerabzug hätte man sich einverstanden erklärt. Diese Behauptung ist unwahr. In der Betriebsräteversammlung, die diktatorisch durch Handaufhebung sich anmaßte, den Generalstreikbeschluss zu fassen, wurde die Zustimmung zum Steuerabzug nicht gegeben. Vielmehr zum Kampf gegen die Regierung und den Staat aufgerufen. Gefordert wurde: 1. Sofortige Zurückziehung der Truppen; 2. sofortige Wiedereröffnung der Betriebe für sämtliche Arbeitnehmer; 3. Erstattung des Lohnausfalls für die Tage der Aussperrung und des Streiks; 4. Verhandlung mit der Regierung in der Frage des Steuerabzugs.

Diese Forderungen bedeuten eine vollständige Umstellung der Sachlage. Erst wenn die Regierung in allen Fragen klein beigeben hat, will man mit ihr gnädig in Verhandlungen über den Steuerabzug eintreten. Die Regierung selbst hat wiederholt erklärt, daß mit der Zustimmung zum Steuerabzug ihre Maßnahmen in Wegfall kommen und mit den Arbeitgebern Verhandlungen über die Eröffnung der Betriebe und die Einstellung der Entlassenen stattfinden können.

Die Kardinalfrage ist also immer noch der Steuerabzug, der aber von den radikalen Streikmachern heuchelt umgangen wird, um die Massen vor den kommunistischen Putz zu spannen. Unsere Streikablehnung ist damit gegeben.

Wenn diese Nummer unserer Zeitung in die Hände unserer Leser kommt, wird der Streik beigelegt sein. Es ist trotzdem von Bedeutung, die Stellung der Kollegen aller Verbände in Württemberg in den Streiktagen zu erfahren.

Allgemeine Rundschau.

Volkswirtschaftlicher Ausbildungskursus.

Die Evangelisch-soziale Schule e. V. veranstaltet vom 1.-20. Oktober d. J. einen dreiwöchigen volkswirtschaftlich-sozialen Ausbildungskursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Im Vortragsplan sind folgende Gebiete in Aussicht genommen:

Der Gedanke des Reiches Gottes in der Weltgeschichte, die Arbeit als göttliches Gebot, als materielle Weltanschauung und als Kulturfaktor, Geschichte der Sozialdemokratie, Geschichte der Sozialpolitik, die evangelische Arbeiterbewegung, die katholische Arbeiterbewegung, Geschichte der sozialistischen Gewerkschaften, der Hirsch-Dunckerischen, syndikalistischen und christlichen Gewerkschaften, Ideenwelt und Organisationsaufbau der christlichen Gewerkschaften, die Organisation der Arbeitgeber, die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, Grundbegriffe der Volkswirtschaft, volkswirtschaftliche Faktoren und Systeme, Grundrechte der Deutschen nach der Reichsverfassung, Einheitsstaat oder Bundesstaat, die gewerkschaftliche Organisation der weiblichen Arbeiter und Angestellten, der landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten und der Staatsbeamten, -Angestellten und -Arbeiter, Presse und Arbeiterbewegung, Schlichtungsstellen und Einigungsämter, Betriebsräte, der Tarifvertrag, sein Wesen und seine Bedeutung, die gewerkschaftliche Werbearbeit in Wort und Schrift.

Als Dozenten sind vorgesehen: D. Jaeger-Bethel, A. Grunz-Berlin, Generalsekretär Küffer-Berlin, Abg. Hartwig, M. d. R., Bethel, Geschäftsführer Rosenhauer-Bethel, Jrl. Amman-Hamburg, Sekretär Hüskes-Berlin, Sekretär Wöhn-Essen, Geschäftsführer Barlen-Bielefeld, Verbandsleiter Meyer-Berlin, Verbandsleiter Nebel-Berlin, Schriftleiter Hüller-Berlin, Abg. Koch, M. d. R., Elberfeld, Abg. Dr. Reichert, M. d. R., Berlin, Sekretär Oberhoffel-Bielefeld.

Der Verband

ruft seine Getreuen zu einer allgemeinen Werbeaktion auf! Auch Du bist

damit gemeint! Denke, wenn Du Dich an dieser Werbearbeit nicht beteiligst, brauchst es alle nicht zu tun. Darum mußt gerade

Du

mit gutem Beispiel vorangehen und die anderen Kollegen zur Beteiligung an dieser Werbearbeit anregen.

Es werden zugelassen Personen, die sich in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung werbend betätigen. Der Kursus will die Teilnehmer in die Kenntnisse einführen, die sie befähigen, als Führer bzw. Führerinnen ihren Standesgenossen beruflich und in freier Arbeit zu dienen. Gewähr für hauptamtliche Anstellung kann nicht gegeben werden. Die Kursusgebühr beträgt pro Teilnehmer 50 M., die Aufenthaltskosten betragen pro Tag 15 M. Anmeldungen und Anfragen werden umgehend erbeten an den Geschäftsführer der Evangelisch-sozialen Schule e. V.: Herrn Arbeitersekretär E. Hartwig, M. d. R., Bielefeld, Güterloherstr. 45 I.

Eine machtvolle Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in Siegen.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung des Hauptkartells Siegen, Sauerland, Dill, Lahn und Westerwald veranstaltete am Sonntag, den 22. August, eine große Kundgebung. In drei großen Sonderzügen, teils zu Wagen und zu Fuß kamen die christlich organisierten Arbeiter aller Berufe zu Tausenden hier zusammen. Ein solcher Massenauftmarsch hatte Siegen noch nicht erlebt. Ueber 10000 Männer der Arbeit marschierten trotz frömlichen Regens im Festzuge zu den Anlagen der „Eintracht“. Zehn Musikkapellen leisteten die Marschmusik. Ein überwältigender Eindruck war es, diese weiterfesten, starken Männer, teilweise von der Arbeit geheugt, mit durchnässten Kleidern, aber doch voll Stolz und Freude in Reih und Glied vorbeimarschieren zu sehen. Fast eine halbe Stunde lang dauerte der Vorbeimarsch des Zuges. Nach Aufbruch des Zuges begrüßte Herr Gewerkschaftssekretär Sauer-Dillenburg die Kiesenversammlung und legte kurz die Bestrebungen und Ziele der christlich-nationalen Arbeiterbewegung dar. Der Geschäftsführer des deutschen Gewerkschaftsbundes, Herr Breddemann-Berlin, behandelte die Lage des deutschen Volkes, wie sie sich durch den Schmachfrieden von Versailles und die Vergewaltigung Deutschlands in Spa herausgebildet hat. Wir sind zu Sklaven unserer Feinde geworden und müssen für lange hinaus Frondienste leisten. Es waren dunkle Bilder, die uns Kollege Breddemann auf Grund genauer Kenntnisse schilderte. Wenngleich auch dunkel und ungewiß die Zukunft unseres Vaterlandes sein mag, so dürfen wir dennoch nicht verzagen. Der Weg zum Aufstieg ist Ruhe, Ordnung und Arbeit, die dem Volke den auskömmlichen Lohn verbürgen. Der Vortrag wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Als zweiter Redner sprach Herr Reichstagsabgeordneter Hartwig-Bielefeld, der in packender Weise die großen Grundkräfte, von denen die christlich-nationale Arbeiterbewegung getragen wird und die unser Volk der Gesundung entgegenführen, schilderte. Kollege Hartwig rechnete gründlich mit den jetzigen Freiheitshelden und Volksbeglückern ab. Es sei wahrhaftig höchste Zeit, daß alle auf dem Boden wahrer Freiheit und Gerechtigkeit stehenden Arbeiter sich immer fester zusammenschließen. Besonders hob er die Kräfte des lebendigen Christentums hervor, die unser gesamtes, politisches und wirtschaftliches Leben durchdringen müssen. „Mit Gott mutig vorwärts“ schloß der Redner seine Ausführungen. Auch hier setzte ein stürmischer Beifall ein. Nachdem der uns allen bekannte Führer, Herr Gewerkschaftssekretär Effert-Behrdorf, einige Worte an die Versammlung gerichtet hatte, sprach Herr Gewerkschaftssekretär Haas-Siegen das Schlusswort und verlas folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

„Die christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten des Sieger- und Sauerlandes, des Dill- und Lahngebietes sowie des Westerwaldes, zu einer machtvollen, von mehr als 10000 Personen besuchten Kundgebung vereinigt, geloben, die Regierung in Erfüllung der in Spa übernommenen Verpflichtungen zu unterstützen. Sie stellen den nationalen Gedanken, die Erhaltung eines einigen und ungeteilten Vaterlandes über alles. Die anwesenden Arbeiter und Angestellten sind sich bewußt, welche Last unsere Kameraden im Rheinland übernehmen, um die ungeheuren Kohlenansprüche unserer Gegner zu befriedigen. Sie erklären sich mit ihren Kameraden im Rheinland solidarisch und richten an die übrigen Stände die Bitte um Unterstützung. Ganz besonders erwarten sie von der Landwirtschaft eine

Wir.

Wir wollen uns auf unser Selbst besinnen. Unsere Freude sei nicht der Raub des Vergessens noch der Traum nach einem unerreichten Ziel. Unsere Freude steige aus unserm Leben hervor, aus unsern Taten. Wir wollen die harten Wochen der Arbeit nicht vergessen, weil sie schwer sind. Wir achten unsere Arbeit, das Werk unserer Hände. Wir wissen, daß wir mitschaffen an der Gestaltung der Erde. Wir fügen und bilden und bauen auf, und wo wir Alles niederreißen, da soll Neues erstehen. Wir stehen zur großen Einheit der Schaffenden. Mann steht an Mann in den Kolonnen. Wir lenken die Gewalten der Kräfte, stehen still im lebendigen Getriebe hundertfacher Mannigfaltigkeit, Umwälzt von Lärm und Tosen, im Lebenskampf um Sein und Nichtsein, in der hegenden Macht des Erfolges, Veracht, beschmutzt, in Hitze und Kälte, in Staub und Rauch, in Verantwortlichkeit und Gefahr, nur, um von heute bis morgen zu kommen. Und uns ist es gegeben, der Menschen höchstes Ziel erkaunt zu haben. Das ist das Wunderbare: Durch allen Lebenskampf, durch den Raub nach Gold und Besitz, in Hitze und Kälte, Rauch und Staub, Veracht und beschmutzt. Mit Sorgen und Bangen die Zukunft erwartend, ein Ziel in uns zu tragen, das hoch über alles Irdische steigt. In dessen Glanz das Dunkel und Trübe leuchtet, das uns verchwistert mit den Mienen der Erde. Wir sind es, die in Herzensstiefen allen Lebenssum empfinden, der münden soll im Einzigwahren. Darum sind wir in diese Welt hineingestellt, und wir wollen unseren Beruf erfüllen. Als Arbeiter Mensch sein, der über sich die Gerechtigkeit läßt und vor sich die Freiheit sieht, in dessen Herzen die Schönheit ist. Wir wollen den Dreiklang in Harmonie: Ein Leben in Arbeit, Schönheit und Vieh. Die Ziele stehen hoch, der Weg ist mühsam und der Feinde sind viele. Dennoch sind wir nicht allein geblieben. Unser Beispiel wirkt um uns, und keiner kann sich verschließen. Er muß für uns oder gegen uns sein. So wach denn unsere Zahl! Aus den Wenigen wurden Massen, und nun sind wir ein Meer, wohlgeschützt und festgeknüpft. Wir stehen zusammen und haben in der Mitte unseres Lebens unser Ziel gestellt.

Wir verlassen uns selber, wenn wir dieses verlassen. Wir, mit unserm Wollen und Wänschen, mit Hoffnung und Bollbringen, haben uns verbunden, Und unser Ausdruck soll die Zeitung sein. Sie soll Rufer und Ländler sein, Wecker und Mahner. Und noch soll sie sein: Born der Weisheit und Schönheit. Und ihr weißen Blätter, tragt das Vorbild eines ganzen Menschen in uns hinein. Geht auch unser Kämpfen und Ringen wieder. Kündet es den Menschen da draußen, was wir sind und was wir wollen. Wir aber wollen die Kraft in uns durch die Welt weitertragen. Durch allen Braus des Lebens unser hohes Gut auf erhöhten Händen, durch Kampf und Not zur Erfüllung, zum Siege. (Aus einem Poem des Reifelschmiedes Heinrich Versch.)

Was alle Kolleginnen und Kollegen wissen sollten!

Die christliche Gewerkschaftsbewegung 1900-1920.

Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, sei bemerkt, daß das Geburtsjahr der christlichen Gewerkschaften nicht etwa das Jahr 1900 ist, sondern schon Jahrzehnte vorher haben christliche Arbeiter sich bemüht, den Gewerkschaftsgebanken vom christlichen Standpunkte aus zu vertreten. Männer wie Brust, Wieber, Sieberts, Stegerwald u. a. haben schon in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts versucht, die christliche Weltanschauung in der Arbeiterbewegung hochzuhalten. Immer jedoch scheiterte ihr Bemühen an dem Klassenkampfcharakter, der einseitigen, politischen Tätigkeit und der Religionsfeindlichkeit der damals schon bestehenden gewerkschaftlichen Organisation. Es würde zu weit führen, in diesem Rahmen die christliche Arbeiterbewegung vor 1900 zu schildern. Nur ein Beispiel wollen wir anführen. Franz Wieber, seit der Gründung des christlichen Metallarbeiterverbandes (15. Oktober 1899) dessen Zentralvorstand, hatte bereits in den achtziger Jahren in Duisburg eine Organisation der Formier- und Siebereiarbeiter auf christlicher Grundlage für Duisburg geschaffen. Er verjagte auch bei Lohnbewegungen mit dem sogenannten „freien“ Verbände gemeinsam vorzugehen. Wie schon oben gesagt, wurde dieses Zusammengelenk vielfach unmöglich gemacht durch das Klassenkampf-Ziel des „freien“ Verbandes. Man freizite auf Seiten des „freien“ Verbandes nicht so sehr um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern man wollte den Unternehmer kaputt freizen, um so die Verelendung der Massen (Marxistische Lehre) und den Zukunftsstaat schneller herbeizuführen. Wieber ging darum selbständig vor und wurde, wie schon gesagt, Mitgründer des christlichen Metallarbeiterverbandes. In ähnlicher

Weise und aus denselben wirtschaftlichen Motiven heraus, nicht zuletzt jedoch wegen der Religionsfeindlichkeit der „freien“ Organisationen und ihres inneren und äußeren Zusammenhangs mit der sozialdemokratischen Partei, gründete August Brust im Jahre 1894 am 26. August den christlichen Bergarbeiterverband. Wir lassen hier die Gründungsdaten der einzelnen Verbände folgen.

Am 3. September 1893 war die Gründung des Ostentberg-Bundes erfolgt, der Gutenberg-Bund trat jedoch erst 1906 den christlichen Gewerkschaften bei.

Im Dezember 1896 erfolgte die Gründung des Bayerischen Eisenbahner-Verbandes in Regensburg.

August 1897 wurde der Bayerische Textilarbeiterverband gegründet. Desgleichen am 27. Dezember der christliche Textilarbeiterverband für Aachen-Dürtzheid. Im April 1898 fand dann weiter die Gründung des Niederrheinischen Verbandes christlicher Textilarbeiter zu Krefeld statt. Am 20. November 1898 bildete sich eine weitere Organisation der Textilarbeiter unter dem Namen „Christlicher Textilarbeiterverband in M.-Gladbach“.

Am 21. und 22. Mai tagte in Mainz der erste Kongress der christlichen Gewerkschaften.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter wurde am 1. Juli 1899 gegründet.

In demselben Jahre, am 31. August, erfolgte die Gründung des Zentralverbandes christlicher Maurer und verwandter Berufe. Desgleichen am 15. Oktober 1899 die Gründung des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Im Jahre 1900 erfolgten fünf Neugründungen und zwar am 1. Januar Zentralverband christlicher Tabakarbeiter, am 1. August Verband christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe, am 8. September christlich-sozialer Verband der nichtgewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen und am 2. Oktober Gewerbeverein der Heimarbeiterrinnen.

In den Tagen vom 3. bis 4. Juni tagte in Frankfurt der zweite Kongress der christlichen Gewerkschaften. Es wurde die Errichtung des Gesamtverbandes beschloffen.

Am 1. April 1901 schlossen sich die bestehenden Lokalorganisationen der Textilarbeiter zum „Zentralverband christlicher Textilarbeiter“ zusammen.

Vom 26. bis 29. Mai 1901 tagte in Krefeld der dritte Kongress der christlichen Gewerkschaften.

Am 9. Juni wird der Verband der Maler und Anstreicher, am 1. September der Verband der Bäcker gegründet.

Vom 29. Juni bis 2. Juli 1902 tagte in München der vierte Kongress der christlichen Gewerkschaften.

Im gleichen Jahre, am 12. Oktober, wird der Zentralverband christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der keramischen Industrie gegründet.

Im Jahre 1903, am 1. Januar, wird das Generalsekretariat des Gesamtverbandes errichtet.

besondere Belieferung des Kohlengebietes mit preiswerten Lebensmitteln. Denn bei dem bisherigen Stand der Ernährung sind die Arbeiter nicht voll arbeitsfähig und nicht in der Lage, durch ausreichende Kohlenlieferung die Gefahr eines feindlichen Einmarsches, die Verhinderung Deutschlands und das Zusammenbrechen des Wirtschaftslebens im übrigen Deutschland zu verhindern. Nur in der Solidarität der Arbeiter des eigenen Volkes beruht unsere Hoffnung. Wegen der Gefahren, die uns von Ost und West drohen, schlagen wir Geschlossenheit und feste Solidarität. Wir stehen in dem Bestreben, diese aufrichtig zu erhalten, trennen hinter der Regierung. Gegen die leider auch in Spa geübte Gewaltpolitik unserer Gegner protestieren wir entschieden. Mit dem Gedanken der Weltrevolution ist sich die Klärung und Ausbeutung des deutschen Volkes nicht vereinbar. Die fortgesetzte militärische Bedrohung Deutschlands, namentlich durch Frankreich, ist eine dauernde Gefahr für den Weltfrieden. Durch einen Einmarsch in das Ruhrgebiet wird nicht aufgebaut, sondern zerstört. Wir verlangen von der Welt Geschlossenheit und Lebensfähigkeit und die Beendigung der militärischen und kapitalistischen Bedrückung. Nur ein lebensfähiges deutsches Volk wird in der Lage sein, wertvolle Kräfte für den Wiederaufbau der Welt aufzubringen."

Der Gutenberg-Bund im Jahre 1919.

Die christlich-nationale Buchdruckerorganisation (Geschäftsstelle Berlin SO. 16, Kaiser-Franz-Ordnungsplatz 14) konnte ihre Mitgliederzahl im Jahre 1919 von 1881 auf 2685 steigern. Die Einnahmen betragen 273 611,34 M., denen an Ausgaben 265 291,53 M. gegenüberstehen. Unter den Ausgaben entfallen auf die Arbeitslosenunterstützung 55 621,- M., auf die Krankenunterstützung 28 208,75 M., auf die Invalidenunterstützung 21 471,- M. Für das Verbandsorgan „Der Typograph“ wurden im Berichtsjahre 39 433,96 M. ausgegeben. Der Vermögensbestand des Gutenberg-Bundes betrug am 31. Dezember 1919 627 362,47 M. Der Gutenberg-Bund befindet sich gegenüber der sozialdemokratischen Organisation im Buchdruckgewerbe in einer äußerst schwierigen Stellung. Dennoch hat er sich durchzusetzen verstanden, und seine finanzielle Stärke sowie die wachsende Mitgliederzahl zeigt, daß er an Werbekraft täglich gewinnt. Der Gutenberg-Bund gibt seit dem 1. Januar 1920 eine eigene monatliche Fachschrift heraus. Ihm angeschlossen ist eine Lehrabteilung, deren Aufgabe es ist, den jugendlichen Nachwuchs fachlich und geistig zu schulen.

Kein Einspruchsrecht des Obmanns.

Es sind wiederholt Zweifel darüber entstanden, ob dem Betriebsobmann oder dem einzelnen Arbeitnehmer in Betrieben mit weniger als 20 Arbeitnehmern, wo bekanntlich kein Arbeiter- oder Angestelltenrat nach dem Betriebsrätegesetz vorgelesen ist, das Recht zusteht, den Schlichtungsausschuß anzurufen, wenn ein Mitglied dieses Betriebes gegen seine Entlassung Einspruch erhebt. Der Reichsarbeitsminister hat hierauf folgende Auskunft erteilt: In Fällen, in denen keine Arbeiterräte oder Angestelltenräte vorhanden sind, können der Obmann oder mangels eines solchen die Arbeitnehmererschaft den Schlichtungsausschuß nur auf Grund des § 20 der Verordnung vom 23. Dezember 1918, also wenn die Kündigung zum Anlaß einer (allgemeinen) Arbeitsfreitigkeit geworden ist, zur Vermittlung, nicht zur verbindlichen Entscheidung anrufen.

Am 18. Oktober erfolgte die Gründung des Verbandes der Krankenpfleger.

Vom 25. bis 26. Oktober tagte in Frankfurt der erste Kongreß der christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten Deutschlands.

Am 1. November 1903 Gründung des deutsch-nationalen Gärtnerverbandes.

Vom 17. bis 20. Juli 1904 tagte in Essen der fünfte Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

1905. Großer Ruhrbergarbeiterstreik. Dazu schreibt der „Vorwärts“, das Hauptorgan der deutschen Sozialdemokratie, nachdem bisher der christliche Bergarbeiterverband von der sozialdemokratischen Presse seit der Gründung als Unternehmernorganisation beschimpft worden war, die christlichen Bergarbeiter hätten in diesem Streit die Führung übernommen.

1906. Streik auf der Burbacher Hütte. 3500 christliche Metallarbeiter streikten zur Entkämpfung des Koalitionsrechts.

Vom 22. bis 24. Juli vierter Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Breslau.

1907. In diesem Jahre werden die ersten sechs christlichen Gewerkschaftler in den Reichstag gewählt.

Am 29. Juni fand die Gründung des Verbandes deutscher Telegraphenarbeiter und Handwerker statt. Dieser Verband ist in dem vorigen Jahre unter seinem Führer Fischer in das sozialdemokratische Lager abgewandert.

Vom 20.—22. Oktober zweiter allgemeiner Kongreß der christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten Deutschlands zu Berlin.

Am 11. August 1907 veranstaltete der christliche Metallarbeiterverband eine Konferenz der Hütten- und Walzwerksarbeiter Deutschlands. Eine Folge der Konferenz ist eine Petition des christlichen Metallarbeiterverbandes an den Reichstag zugunsten der Hütten- und Walzwerksarbeiter. Gegenüber der neuerdings von syndikalistischer Seite aufgestellten Behauptung, die Zentralorganisationen hätten nichts für die Hütten- und Walzwerksarbeiter getan, sei diese Tat des christlichen Metallarbeiterverbandes hier besonders erwähnt.

1908. Große Tarifbewegung im Bau-, Holz-, Maler- und Schneidergewerbe. Die betreffenden christlichen Verbände sind als gleichberechtigter Tarifkontrahent mitbeteiligt.

Vom 2.—5. August fand in Zürich die erste internationale Konferenz der christlichen Gewerkschaften statt.

Am 20. November erfolgt die Gründung des Zentralverbandes deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter (Süd-Oberfeld).

1909. Das internationale Sekretariat christlicher Gewerkschaften mit dem Sitz in Köln tritt in Wirklichkeit.

Am 20. April schließt sich der Reichsverband deutscher Metallarbeiter dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften an.

Die Rechte aus § 81 ff. haben nur der Betriebsrat, Arbeiterrat oder Anst. Kom. Weitergehende Anträge sind in der Nationalversammlung abgelehnt worden."

Der Graphische Zentralverband im Jahre 1919.

Der Graphische Zentralverband, die christlich-nationale Gewerkschaft für Buchbinder, Steinbrucker, Lithographen, Chemigraphen, Photographen, Buchdruckereifabrikanten und -arbeiterinnen (Geschäftsstelle Köln, Kienlorenzwall 9), zählt zum Anfang des Geschäftsjahres 1919 1701 Mitglieder. Diese Zahl war bis zum 31. Dezember 1919 auf 7923 Mitglieder angewachsen. Die Einnahmen beliefen sich im Geschäftsjahre 1919 auf 212 800,06 M., Ausgaben auf 120 023,19 M. Das Verbandsvermögen ist auf zirka 100 000,- M. angewachsen. In allen Tarifabschlüssen im graphischen Gewerbe ist der Verband beteiligt und hat sich auch dort Eingang zu verschaffen gesucht, wo die sozialdemokratischen Organisationen bisher vorherrschend waren.

Ein seltenes Jubiläum

Ist die 200-Jahrfeier der Firma Joh. Wilh. Scheidt, Kammergarnspinnerei und Tuchfabrik, Kettwig, und die 100-Jahrfeier der Schwesterfirma Heimr. Nierhaus, Ronsdorf und Kettwig. Wohl selten dürfte es den Jahrgängen zweier Firmen vergönnt sein, gleichzeitig das 200-jährige Jubiläum der einen und das 100-jährige Jubiläum der anderen Firma festlich zu begehen. Die Firma Joh. Wilh. Scheidt blickt in diesem Jahre auf ein 200-jähriges Bestehen ihrer Tuchfabrik und die Firma Heimr. Nierhaus auf ein 100-jähriges Bestehen der Wandfabrik zurück. Zur Würdigung des seltenen Ereignisses fand am 16. August in nur engstem Kreise eine Doppelfeier statt.

Wir möchten hervorheben, daß es in der Textilindustrie wohl kaum eine Firma gibt, die wie Joh. Wilh. Scheidt von Vater auf Sohn in so langer Zeit sich erhalten hat. Auf sechs Generationen von Inhabern und Mitarbeitern bei Joh. Wilh. Scheidt und drei Generationen bei Heimr. Nierhaus sind die Unternehmen aufgebaut worden, so daß die Jubiläen im wahren Sinne als Jubiläen der Arbeit und der Arbeitsgemeinschaft anzusehen sind.

Der rastlose Tätigkeit der Inhaber in allen Generationen, im Verein mit ihren tüchtigen Mitarbeitern, verdanken beide Fabriken ihren heutigen Weltraum.

Um zur Viderung der Not der Zeit beizutragen, hatten beide Firmen den Gedanktag zum Anlaß genommen, ihren Werkangehörigen eine Entschuldungsbefreiung zu gewähren, die insgesamt 1 1/2 Millionen Mark beträgt. Wie man sich auch dazu stellen mag, so zeugt es doch von dem edlen Sinne der Firmen, wenn sie diese Summe zur Verteilung brachten. In Anerkennung dieses und zur Erinnerung wurde den Firmen von seiten der Angestellten und Arbeiter Delgemälde und Silber als Ehrengabe überreicht.

Aus unserer Industrie.

Eine neue Seidenart.

Der „Secolo“, eine italienische Zeitung, berichtet über einen gefährlichen Wettbewerber der Seidenraupe, der in Madagaskar lebt: ein spinnenartiges Insekt, genannt „Galabé“. Das Tier erreicht eine Größe von sieben Zentimeter und erzeugt einen goldgelben Faden von großer Feinheit, aber auch Widerstandsfähigkeit. Dieser Faden bietet gegenüber dem des Seidenspinners den großen Vorteil, daß er nicht erst gezwirnt werden muß, sondern sich in seinem ursprünglichen Zustande zum Weben eignet. Er kann leicht gebleicht werden, nimmt aber auch alle Farben an. In den waldigen Gegenden der Insel gibt es Millionen dieser Spinnen, und die Eingeborenen haben bereits erfolgreich versucht, ihre Arbeit auszumühen, indem sie lange Bambusstäbe in einer Entfernung von einem halben Meter in die Erde stecken, zwischen denen die Spinnen ihr Werk verrichten. Einem englischen Naturforscher namens Holt ist es gelungen, innerhalb 12 Stunden einen Faden von 12 Kilometer Länge dadurch zu erreichen, daß er 22 Spinnen gleichzeitig arbeiten ließ. In der Gewerbeschule von Tananarivo sollen gleichfalls ausgezeichnete Ergebnisse erzielt worden sein, so daß anzunehmen ist, daß neue Verbesserungen die praktische Verwendung dieser Spinnenfäden verallgemeinern werden. Die Zucht der „Galabé“ bereitet keine Schwierigkeiten, da die Tiere mit kleinen Insekten leicht ernährt werden können.

Nochstandsaufräge an die sächsische Textilindustrie.

Die sächsische Regierung beabsichtigt Nothstandsaufräge an die sächsische Textilindustrie zu vergeben. Die Regierung hat sich bereits mit den maßgebenden Fachverbänden der Textilindustrie deswegen in Verbindung gesetzt. Die Handelskammer Plauen hat das Wirtschaftsministerium ersucht, dahin zu wirken, daß die Beschaffungstellen des Reiches und der Länder die Aufträge zur Deckung des Bedarfs an Stoffen für Post- und Eisenbahnbeamte und für Militär sofort, und zwar nicht nur für das laufende Jahr, sondern auch für 1921, vergeben. Die sächsische Regierung hat diesem Ersuchen bereits entsprochen, und die maßgebenden Stellen haben zugesagt, dem Antrag nach Möglichkeit nachzukommen. Da es sich um sehr erhebliche Mengen von Stoffen, Wirkwaren und Seinen handelt, dürften diese Nothstandsarbeiten bedeutend zur Hebung der Fabrikationsfähigkeit in der Textilindustrie beitragen und auch der Arbeitslosigkeit entgegenwirken.

Ueber die Lage der Elberfelder Stoffwebererei.

In der Elberfelder Stoffwebererei ist die Beschäftigung im allgemeinen noch durchaus unzureichend. Bei einigen Fabrikanten, wie z. B. Futterstoffen und bei einigen Stapel-Quadranten in Kleiderstoffen hat man zwar in den letzten Wochen eine kleine Belebung beobachten können, welche darauf zurückzuführen ist, daß die Kundschaft, sowohl die Einzelhändler, als auch die Großhändler während der ganzen Sommermonate mit jeglicher Bedarfsdeckung vollständig zurückgehalten haben und deshalb in dem Augenblick, da durch die Beschlechterung unserer Valuta ein Steigen der Preise herbeigeführt wurde, wenigstens im geringem Umfang zur Bedarfsdeckung schreiten mußten. Über selbst heute kam man noch beobachten, daß der größte Teil der Kundschaft der weiteren Entwicklung der Dinge nicht ohne Sorge entgegensteht und damit rechnet, daß bei einer Klärung der politischen Lage und der dann voraussichtlich wieder einsetzenden Besserung unserer Währung auch mit einem Nachlassen der Preise gerechnet werden muß. Besonders in den letzten Tagen zeigt die Kundschaft wieder Zweifel an der Festigkeit der Preise und ist deshalb nicht geneigt, auf einige Zeit im voraus zu disponieren. Die Nachfrage erstreckt sich in der Hauptsache auf greifbare Ware. Ob selbst bei einer Besserung unserer Valuta in der nächsten Zeit mit einer erneuten Rückwärtsbewegung der Warenpreise gerechnet werden darf, erscheint jedenfalls fraglich, denn man muß berücksichtigen, daß die meisten Webereien ihren Bedarf an Waren für den Rest des laufenden Jahres und teilweise sogar noch darüber hinaus zu festen Preisen vergeben haben. Die Lage der Möbelstoffwebererei ist im allgemeinen eine sehr traurige. Man hat zwar hier teilweise noch alle Aufträge vorliegen, deren Auslieferung bisher noch nicht möglich war. Soweit es sich hierbei um Aufträge handelt, die noch zu höherem, als den heutigen Tagespreisen abgeschlossen waren, macht die Kundschaft die denkbar größten Schwierigkeiten und sucht mit allen Mitteln von der Abnahmeverpflichtung loszukommen. In den letzten Wochen haben die Möbelstoffwebererei hier und da Kammusterungen herausgebracht, welche zur Belebung des Geschäftes etwas beigetragen haben. Aber auch hier muß man leider gar zu oft feststellen, daß die Abnehmer nicht geneigt sind, die heutigen Preise anzuliegen und die Aufträge halten sich deshalb im allgemeinen in ziemlich engen Grenzen. Das Ausfuhrgeschäft ist sowohl in den Erzeugnissen der Futter- und Kleiderstoffwebererei, als auch in Möbelstoffen fast vollständig ins Stocken gekommen. Die vor einigen Monaten einsetzende Besserung unserer Valuta in Verbindung mit der fortwährenden Steigerung der Herstellungskosten durch wiederholte Lohn-erhöhungen usw. haben dazu geführt, daß die verschiedenen Zweige der Wuppertaler-Stoffwebererei ebenso wie die meisten übrigen Zweige der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt viel zu teuer wurden. Eine erneute Beschlechterung der Valuta kann selbstverständlich zu einer Belebung des Exportes beitragen, wird aber andererseits eine Störung im Inlandsgeschäft zur Folge haben, da die deutsche Kundschaft keinesfalls geneigt ist, die hohen Phantasiepreise des Vorjahres wieder zu bewilligen.

Aus unserer Bewegung.

Die neue Arbeitsordnung — fertiggestellt.

Die Beschlußfassung über die einheitliche Arbeitsordnung für die Textilindustrie ist im Sozialen Ausschuß der Reichsarbeitsgemeinschaft nunmehr erfolgt. Von der Reichsarbeitsgemeinschaft wird die Arbeitsordnung gedruckt. Nach Fertigstellung der Formulare werden wir den Ortsgruppen je ein Exemplar zukommen lassen. Es muß nun aber auch dafür gesorgt werden, daß die Normalarbeitsordnung überall eingeführt wird. In einigen Orten und Bezirken sind kurz vor dem Zustandekommen der erwähnten Arbeitsordnung besondere Arbeitsordnungen vereinbart worden. Diese Arbeitsordnungen bleiben zunächst in Kraft. Eine Nachprüfung derselben kann erst nach sechs Monaten erfolgen. Der Antrag für die Normalarbeitsordnung ging von unserem Verbands aus. Ebenfalls auf unsern Antrag beschäftigte sich der Sozialausschuß am 27. August mit der Frage der Erwerbslosenfürsorge. Es wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Angeichts der Tatsache, daß von den ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen vor allem auch die Textilarbeiterchaft sehr hart betroffen wird, anerkennt der Sozialausschuß der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie die dringende Notwendigkeit erweiterter Fürsorgemaßnahmen für die Textilarbeiterchaft. Insbesondere ist eine Verbesserung und Erweiterung der Unterstützung für ganz und teilweise Erwerbslose, ferner eine beschleunigte Vergabung von Staats- und Gemeindefürsorge notwendig. Auch ist eine bessere Belieferung der Textilindustrie mit Kohlen durch Vergabung derselben in eine höhere Belieferungskategorie schleunigst herbeizuführen.“

Die Entschliessung ist insofern von Bedeutung, als sie bei Anträgen auf Erhöhung und Verbesserung der Unterstützung, Einrichtung von Nothstandsarbeiten u. eine gute Handhabe bietet. Es kann darauf verwiesen werden, daß die Textilindustriellen diesen Entschluß im Sozialausschuß einstimmig mitgestimmt haben.

Crefeld. Eine Deputation der Crefelder

Samtweber beim Oberbürgermeister der Stadt Crefeld. Eine am 20. August stattgefundene Betriebsrätekonferenz für die Samtindustrie beschäftigte sich auch mit einigen Anträgen, die aus der Arbeiterchaft heraus gestellt waren zur Frage der Erwerbslosenfürsorge. Unter anderem wurde bemängelt, daß im Gegenlag zu ländlichen Gemeinden die Stadt Crefeld verhältnismäßig recht wenig in dieser Frage getan habe.

Auch die Gewerkschaften hätten sich nicht in der richtigen Art und Weise betätigt. Man verlangte unter anderem eine große Arbeitslosenversammlung mit anschließender Demonstration, Unzug usw.

zumindeten Ausnahmefällen ist von hier aus dem Reichsarbeitsministerium beizufolgt worden; der Erlass einer entsprechenden Verfügung ist in Kürze zu erwarten.

Das Arbeitsministerium stellt anheim, von dem Inhalt des vorstehenden Schreibens die einzelnen Bezirksverwaltungen der Gewerkschaften in Kenntnis zu setzen.

Für den Arbeitsminister: J. B.: Schmuder.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Amern-St. Georg. Das Interesse der Mitglieder für die Organisation kann sich am schönsten dadurch auswirken, indem die Versammlungen fleißig besucht werden.

biegenen Vortrag mit einem flammenden Appell an die Versammelten die fleghaften Ideen unserer christlichen Arbeiterbewegung in diesen sturmbelegten Zeiten nicht zu verlieren.

M.-Glabbach. Unsere Arbeiterinnenkommisionen hätten mit der Veranstaltung eines Ausfluges am Sonntag, den 22. August, den guten Gedanken, durch öftere Zusammenkünfte, auch geistlicher Art, die Freude an der gemeinsamen Arbeit zu heben, praktisch verwirklicht.

Kollege Pfeiler vom Gau Hohenzollern-Schwarzwald teilt uns mit, daß Hoffnung besteht, es könne in seinem Gau die Arbeitslosigkeit unter den Textilarbeitern bald wieder behoben sein.

Erwerbslosenfürsorge in Württemberg.

Unsern Kollegen in Württemberg ging auf ihre Eingabe folgende Antwort zu:

Württ. Arbeitsministerium. Stuttgart, den 12. August 1920. Z. Nr. 5431.

Betr. Erwerbslosenfürsorge.

Von den verschiedenen Gewerkschaften ist in letzter Zeit u. a. auch auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge eine Reihe von Forderungen, und zwar im wesentlichen gleichlautenden Inhalts, aufgestellt worden.

Grundsätzlich der Schaffung von Arbeitsgelegenheit für Erwerbslose ist es den auch vom Arbeitsministerium unterstützten Bemühungen inzwischen gelungen, den Beginn des Redaktionskanals beim Reich durchzusetzen.

Die gewünschte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze ist vom Reich aus finanziellen Gründen abgelehnt worden.

Die Freilassung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen von der Abrechnung gemäß § 12 der R. S. O. über die Erwerbslosenfürsorge ist vom Reichsarbeitsministerium zugelassen worden.

Wesentlich der Parteizeit ist eine erhebliche Wälderung für die allernächste Zeit zu erwarten.

Das die Erwerbslosenunterstützung nicht als Einkommen im Sinne der Steuerabgabe anzusehen und daher von der Einkommensteuer befreit ist, ist durch Rundschreiben sämtlicher Finanzämter mitgeteilt worden.

Eine Verringerung der Steuerbelastung durch Herabsetzung des der Berechnung der Steuerbelastung zugrunde zu legenden Grundbetrags von 60 auf 50 in besonders be-

Du kannst viel zur Stärkung und Ausbreitung des Verbandes beitragen, wenn Du

Dir bekannte, unorganisierte Kollegen und Kolleginnen am Ort oder sonstwo mündlich oder schriftlich über den Verband aufklärst. Oder

Du nur Angehöriger der Arbeit des Verbandes sein und nichts für seine weitere Ausbreitung tun?

dann Bericht erstattet wird über die Bezirkskonferenz und gleichzeitig das Programm aufgestellt werden soll für unsere kommende Herbst- und Winterarbeit.

Sittorf. Unsere Ortsgruppe hielt am 22. August ihre Vierteljahrversammlung ab.

Euskirchen. Zu einer lehrreichen Mitglieder- versammlung hatte der Vorstand Samstag, den 21. August, nachmittags 5 Uhr im Lokale Rühlch eingeladen.

Besondere Bekanntmachungen.

Verbandsbezirk Hannover.

Unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet für den Süden des Bezirks (Gau Eichsfeld und Gau Fulda) am Sonntag, den 17. Oktober, in Eschwege statt.

Die Ortsgruppen werden ersucht, die laut § 26 des Statuts erforderlichen Wahlen vorzunehmen.

Anträge zur Konferenz sind spätestens bis zum 1. Oktober der Bezirksleitung einzureichen.

Tagesordnung, Lokal und Beginn der Konferenz wird den Ortsgruppen durch Rundschreiben noch bekannt gegeben. Mit kollegialem Gruß!

Die Bezirksleitung: H. Lesing.

Versammlungskalender.

Cottbus. 25. September, 6 1/2 Uhr, im Lokale Königs-Bierhaus, Familienabend mit Monatsversammlung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Boden- und Wohnungsreform. — Unser Verband und die arbeitslosen Mitglieder. — Die christlichen Gewerkschaften zum Generalstreik. — Familienrat: Wir. — Was alle Kolleginnen und Kollegen wissen sollten! — Allgemeine Rundschau: Volkswirtschaftlicher Ausbildungskursus. — Eine machtvolle Rundgebung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in Siegen. — Der Gatenberg-Bund im Jahre 1919. — Kein Einspruchsrecht des Obmanns. — Der Graphische Zentralverband im Jahre 1919. — Ein selbsterneuendes Jubiläum. — Aus unserer Industrie: Eine neue Seidenart. — Notstands- aufträge an die sächsische Textilindustrie. — Ueber die Lage der Eibersfelder Stoffwebereien. — Aus unserer Bewegung: Die neue Arbeitsordnung — fertiggestellt. — Erefeld. — Aus dem Gau Hohenzollern-Schwarzwald. — Erwerbslosenfürsorge in Württemberg. — Berichte aus den Ortsgruppen: Amern-St. Georg. — Eitorf. — Euskirchen. — M.-Glabbach. — Besondere Bekanntmachungen. — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich i. B.: E. Schlägenz, Düsseldorf 56, Konradstraße 7.